Rede der Stadt Marktheidenfeld zum Volkstrauertag am 14. November 2021 auf Basis des Redevorschlags von Martin Pollack in der Publikation des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vor 80 Jahren - 1941, mitten im 2. Weltkrieg - begann der deutsche Überfall auf Jugoslawien und Griechenland sowie auf die Sowjetunion. Diesem grausamen Angriffs- und – im Falle der Sowjetunion – Vernichtungskrieg folgte das Errichten erbarmungsloser Besatzungsregimes. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion steigerte sich der nationalsozialistische Rassenwahn zu dem völkermörderischen Holocaust an der jüdischen Bevölkerung Europas und der Ermordung der Angehörigen der Sinti und Roma.

Das Gedenken an die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts und ihre zahllosen Opfer ist in Deutschland - und auch bei uns in Marktheidenfeld - zur Tradition geworden. Doch es ist noch mehr: Das Gedenken an die Kriege ist eine Verpflichtung, der wir uns nicht entziehen dürfen.

Beim heutigen Volkstrauertag handelt es sich um einen wichtigen Bestandteil unserer Erinnerungskultur. Denn erst das gelebte Bekenntnis zur Vergangenheit macht uns zu dem, was wir sind. Das gilt auch und vor allem für die dunklen Seiten der Geschichte. Wir können sie nicht abstreifen und vergessen - oder gar verdrängen.

Es gibt in Europa viele Stätten, die an die Grausamkeit und Zerstörungen der Kriege erinnern: An blutige Schlachten, aber auch an den Holocaust und die Verbrechen an Kriegsgefangenen und an den Angehörigen von Minderheiten. Viele dieser Erinnerungsstätten sind leider aus unserem Blickfeld geraten. Sie sind zum Teil überwuchert von Gras, Büschen und Bäumen. Oft sollten diese Erinnerungsorte ganz bewusst zum Verschwinden gebracht werden, indem Wälder über ihnen gepflanzt oder Straßen und Siedlungen errichtet wurden. Nicht gedacht werden sollte der Ermordeten, der Juden, Sinti und Roma, der Widerstandskämpfer und der zahlreichen anderen Opfer: Sie sollten anonym und gesichtslos aus der Erinnerung gestrichen werden.

Umso wichtiger ist es, in unserer heutigen Gedenkfeier nicht nur an die gefallenen Soldaten der ehemaligen Kriegsgegner zu erinnern, sondern auch an die Menschen, die jahrelang an den Rand gedrängt und verschwiegen wurden. Wir sollten deren Schicksal noch genauer als bisher in den Blick nehmen. Natürlich gilt unser Gedenken auch den Soldaten der unterschiedlichen Kriegsparteien, ohne Ansehen ihrer Herkunft, denn auch sie haben unsäglich gelitten, wurden gequält und in den Tod getrieben.

Wenn wir vor den Gräbern stehen, gibt es keinen Unterschied mehr zwischen den Nationalitäten und Uniformen. Sie wurden alle zu Opfern des Krieges, egal ob Russen, Deutsche, Österreicher, Polen oder Franzosen, wobei das nicht bedeutet, dass wir die besondere Verantwortung und Schuld vergessen dürfen, die gerade Deutschland auf sich geladen hat. In diesem Zusammenhang müssen wir auch jener

Menschen gedenken, die heldenhaft Widerstand geleistet und dafür mit ihrem Leben bezahlt haben.

Alles das machte und macht das hässliche Gesicht des Krieges aus. Er hat nichts Edles und Heroisches an sich. Es gibt keinen Grund, Krieg zu verherrlichen. Das gilt für die beiden Weltkriege ebenso wie für die zahlreichen bewaffneten Auseinandersetzungen, die Europa bis heute erschüttern. Das gilt für die Kriegshandlungen und Verbrechen auf dem Balkan in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts genauso wie für die späteren blutigen Aggressionen, wie etwa die Annexion der ukrainischen Krim durch Russland.

Die Wurzeln dieser Katastrophen und Krisen sind in den meisten Fällen in der Vergangenheit zu suchen: In Konflikten, die nach außen hin vielleicht beigelegt wurden, doch innerlich vor sich hin schwelen, bis sie plötzlich wieder aufbrechen in Hass und Gewalt.

Das bedeutet, dass wir uns immer aufs Neue mit der Geschichte und ihren düstersten Kapiteln beschäftigen und das Gespräch mit unseren Nachbarn suchen müssen, die vielleicht gestern noch als Gegner oder Feinde bezeichnet wurden.

Die Sprache der Verachtung und des Hasses, der Abgrenzung gegenüber dem Anderen ist heute - trotz aller schlimmer Erfahrungen mit dem Krieg und seinen Folgen - keineswegs verstummt. Im Gegenteil: Sie scheint gerade jetzt erneut Auftrieb zu bekommen, wie ein Blick auf die politische Landkarte Europas zeigt.

Wir erleben heute europaweit ein Erstarken jener Ideologien, die vor einem Dreivierteljahrhundert unseren Kontinent beinahe in den Abgrund gerissen haben.

Wir dürfen das nicht achselzuckend hinnehmen, als handle es sich um ein bedeutungsloses Versehen. „So ist nun einmal der Gang der Dinge, die Zeiten ändern sich", heißt es dann häufig. Solche Sätze sind der Nährboden für die neuen radikalen Nationalismen, gepaart mit Fremden- und Demokratiefeindlichkeit, die uns Sorge bereiten. Dazu gehören die Rückgriffe auf Strömungen der Vergangenheit, auf faschistische und neonazistische Gruppierungen und Parteien, die wütend alles bekämpfen, was nicht in ihr enges Weltbild passt: Andersdenkende und Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe oder sexueller Orientierung.

Diese undemokratischen Entwicklungen sind überall auf unserem Kontinent und auch in unserer nächsten Umgebung zu beobachten. In manchen Ländern, wie etwa in Ungarn und in Polen, haben sie sich bereits weitgehend durchgesetzt und prägen die offizielle Politik. Selbst in scheinbar gefestigten Demokratien wie der unsrigen gehören nationalistische und rechtspopulistische Töne und Aktionen zum gängigen politischen Diskurs.

Dabei geht es immer auch um die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und dem Krieg. Dieser geht immer einher mit dem Außerkraftsetzen moralischer und zivilisatorischer Grundwerte. Wir dürfen nicht müde werden, auf diese Tatsache hinzuweisen, die heute oft kleingeredet oder sogar geleugnet wird. Doch Pessimismus und Resignation sind keine guten Ratgeber. Wir sollten weiter alle

unsere Kräfte aufbieten, um uns dem Vergessen entgegenzustemmen und auf diese Weise die Demokratie vor Schaden zu bewahren.

Wenn wir an den Krieg denken, dann haben wir also immer auch die Demokratie vor Augen. Denn sie ist der wichtigste Schutz gegen solche Entwicklungen, und sie gehört, folgerichtig, auch zu den ersten Opfern autoritärer Machtansprüche. In einer funktionierenden Demokratie können sich diese Ansprüche aber nie durchsetzen.

Unser Gedenken an den Krieg und seine Opfer ist immer verbunden mit dem Kampf um die Demokratie. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, wie schnell es geht, dass die Demokratie für unnötig erklärt und am Ende ganz abgeschafft wird. Das dürfen wir nicht zulassen. Dagegen müssen wir uns mit allen Mitteln wehren, wenn wir unsere Freiheit bewahren wollen.

Gedenken und Volkstrauertage nehmen heute also weiterhin eine enorm wichtige Rolle ein. Sie schärfen unseren Blick und unsere Sinne. Sie sind ein Warnruf, ein immer neuer Anstoß, uns der Vergangenheit zu stellen und sie lebendig zu halten.

Das sind wir den Opfern schuldig - aber auch uns selbst und unseren Nachkommen.